S 11 RJ 840/01 A

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

6

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 RJ 840/01 A

Datum 15.11.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 RJ 156/03 Datum 17.02.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 15. November 2002 wird zurýckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist der Anspruch des Klägers auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bzw. Erwerbsminderung.

Der 1954 geborene Kläger ist kroatischer Staatsangehöriger. Er hat keinen Beruf erlernt und in seiner Heimat vom 01.02. bis 30.04.1973 drei Monate Versicherungszeiten nachgewiesen.

In Deutschland nahm er am 01.06.1973 eine versicherungspflichtige BeschĤftigung auf und war hier ohne wesentliche Unterbrechungen bis 19.08.1998 versicherungspflichtig und hat in dieser Zeit 296 Monate PflichtbeitrĤge zur Arbeiterrentenversicherung entrichtet. Er war zunĤchst als Bauhelfer tĤtig, anschlieÄ□end von 1983 bis 1991 als Glasarbeiter, von 1991 bis 1994 als Ver-

packer und Montagehelfer und anschlieà end als Gartenarbeiter. Seit 07.12.1995 war er arbeitslos und bezog zunà chst bis zur Erschà pfung des Anspruchs Arbeitslosengeld, anschlieà end Arbeitslosenhilfe und ab 02.04.1997 bis zur Erschà pfung des Anspruchs zum 19.08.1998 Krankengeld, auf Grund à zrztlicher Bescheinigungen aus seiner Heimat in die er bereits im Mà zrz 1997 zurà 4ckgekehrt war.

Am 30.06.1998 beantragte der Kläger bei der Beklagten Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit. Im Gutachten der Invalidenkommission Z. vom 08.12.1998 stellten die Kommissionsärzte Z. N. und T. T. als Gesundheitsstörungen eine posttraumatische Encephalopathie, ein chronisches Cervicalsyndrom, Blutumlaufstörungen in beiden Beinen, eine Fettstoffwechselstörung, Ã□bergewicht und toxisch nutritive Leberveränderungen fest und beurteilten den Kläger zunächst fù¼r die Zeit vom 30.06.1998 bis Juni 2000 noch zu einer halb- bis unter vollschichtigen Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie zu einer unter zweistù¼ndigen Tätigkeit im frù¼her ausgeù¼bten Beruf als Bau- und Gartenhelfer in der Lage. Dem Gutachten waren Unterlagen zur Krankheitsgeschichte aus der Zeit seit Bestehen der Arbeitsunfähigkeit vom 19.02.1997 beigefù¾gt.

Die Beklagte lieà den Kläger daraufhin in ihrer ärztlichen Gutachterstelle in Regensburg in der Zeit vom 21.02. bis 23.02. 2000 untersuchen und das berufliche Leistungsvermögen begutachten. Im Gutachten vom 15.03.2000 stellte Dr.M. auf Grund des Ergebnisses der klinischen und apparativen Untersuchungen auf mehreren Fachgebieten als Gesundheitsstörung reaktiv depressive Verstimmungszustände sowie wirbelsäulenabhängige Beschwerden bei Abnutzungserscheinungen ohne neurologische Ausfälle fest. Mit Rücksicht darauf sei der Kläger noch zu mittelschweren Arbeiten vollschichtig ohne Akkord und ohne Nachtschicht in der Lage, dies sogar als Bauhelfer.

Mit Bescheid vom 06.04.2000 lehnte die Beklagte den Rentenantrag darauf ab, weil weder Berufs- noch ErwerbsunfĤhigkeit beim KlĤger vorlĤgen.

Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 16.08.2000 zurĽck. Der auf Grund seiner versicherungspflichtigen TĤtigkeit in Deutschland auf alle TĤtigkeiten des allge- meinen Arbeitsmarkts verweisbare KlĤger sei Angesichts seines RestleistungsvermĶgens weder berufs- noch erwerbsunfĤhig. Ein Rentenanspruch bestehe daher nicht.

Dagegen hat der KlĤger zum Sozialgerichts Landshut Klage erhoben, mit der er weiter Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit begehrt. Sein Gesundheitszustand lasse keinerlei ErwerbstĤtigkeit von wirtschaftlichem Wert mehr zu.

Das Sozialgericht hat Gutachten zum beruflichen LeistungsvermĶgen des KlĤgers durch die Ã \Box rztin fÃ 1 / $_{4}$ r Psychiatrie und Psychotherapie Dr.M. und die Ã \Box rztin fÃ 1 / $_{4}$ r Sozialmedizin Dr.T. eingeholt. In ihrem schriftlichen Gutachten vom 13.11.2002 hat Dr.M. als GesundheitsstÃ \P rungen eine prolongierte AnpassungsstÃ \P rung mit

depressiver Symptomatik bei emotional instabiler PersĶnlichkeitsstĶrung, Beschwerden von Seiten der Hals- und LendenwirbelsĤule, Verdacht auf beginnendes Carpaltunnelsyndrom links und Spannungskopfschmerz festgestellt. Anhaltspunkte für ein organisches Psychosyndrom seien nicht zu erheben. Dem KlĤger seien noch kĶrperlich leichte und geistig einfache Tätigkeiten ohne Zeitdruck, ohne Nachtschicht, ohne Absturzgefahr und nicht an gefährdenden Maschinen und nicht mit Publikumsverkehr zuzumuten.

Dr. T. hat in ihrem Gutachten vom 14.11.2002 als weitere Gesundheitsstörungen einen labilen Bluthochdruck, eine Bronchitis ohne Lungenventilationsstörung sowie eine Zucker- und Fettstoffwechselstörung bei Ã□bergewicht festgestellt. Die Gesundheitsstörungen auf psychiatrischem, orthopädischem und internistischem Fachgebiet fù⁄₄hrten weder fù⁄₄r sich allein genommen noch in ihrer Gesamtheit zu einer zeitlichen Leistungseinschränkung. Es sei dem Kläger deshalb noch eine vollschichtige Erwerbstätigkeit mit leichten Arbeiten ohne besondere Anforderungen an die nervliche Belastbarkeit, nicht an unfallgefährdeten Arbeitsplätzen oder mit Publikumsverkehr zumutbar.

Mit Urteil vom 15. November 2002 hat das Sozialgericht die Klage daraufhin abgewiesen. Der angesichts seiner versicherungspflichtigen TĤtigkeit in Deutschland auf alle Arbeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verweisbare KlĤger sei mit seiner verbliebenen FĤhigkeiten zu einer vollschichtigen ErwerbstĤtigkeit mit kĶrperlich leichten Arbeiten weder berufs- noch erwerbsunfĤhig und habe keinen Rentenanspruch. Ebensowenig liege eine Erwerbsminderung im Sinne des ŧ 43 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) in der ab 01.01.2001 gýltigen Fassung vor.

Dagegen wendet sich der Kläger mit der Berufung, mit der er weiter Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bzw. Erwerbsminderung begehrt. Zur Begründung legte er weitere Unterlagen zur Krankengeschichte mit Befunden aus dem Jahre 2003 vor.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{\mathbb{m}}\)ger beantragt sinngem\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{\mathbb{m}}\), das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 15. November 2002 sowie den Bescheid der Beklagten vom 06.04.2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 16.08.2000 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm auf Grund seines Antrages vom 30.06.1998 Rente wegen verminderter Erwerbsf\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)hilfsweise wegen Erwerbsminderung zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung als unbegrýndet zurückzuweisen.

Sie hält die Entscheidung des Sozialgerichts fýr zutreffend.

Beigezogen waren die Akten der Beklagten sowie die des Sozialgerichts Landshut und des Arbeitsamtes Ravensburg, auf deren Inhalt sowie auf den Inhalt der Berufungsakte zur ErgĤnzung des Tatbestandes Bezug genommen wird.

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Berufung ist unbegrýndet, weil der Kläger keinen Anspruch auf Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit gemäÃ \square $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$ $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$ $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$, Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) \hat{a} \square in der bis 31.12.2000 gýltigen Fassung \hat{a} \square hat. Ebensowenig besteht ab 01.01.2001 Anspruch auf Rente wegen Erwerbsminderung gemäÃ \square $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$ $\frac{\hat{A}}$

Der Senat sieht gem $\tilde{A} = \tilde{A} = \tilde{$

Das Sozialgericht hat den Rechtsstreit entsprechend der Sach- und Rechtslage entschieden. Eine weitere Aufklärung des medizinischen Sachverhalts hat der Senat nicht fÃ⅓r erforderlich angesehen. Die vom Kläger zur BegrÃ⅓ndung seiner Berufung vorgelegten weiteren medizinischen Unterlagen machen keine Ã∏nderung im Gesundheitszustand und damit im beruflichen Leistungsvermögen des Klägers wahrscheinlich. Die dort geschilderten Befunde sind bereits bei der Beurteilung des beruflichen Leistungsvermögens durch die vom Sozialgericht befragten ärztlichen sachverständigen gewÃ⅓rdigt.

Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut war daher zurĽckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Die Revision war nicht zuzulassen, da die Voraussetzungen des <u>ŧ 160 Abs.2 Nrn</u>.1 und <u>2 SGG</u> nicht vorliegen.

Erstellt am: 03.05.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024